

3. Landesparteitags Langenselbold 28./29. August 2010

Den Delegierten des Landesparteitags der LINKEN.Hessen wird am Wochenende des 28./29. August 2010 mit dem Antrag 25 ein Papier mit dem Titel Wiesbadener 10-Punkte-Erklärung zur Abstimmung vorgelegt.

AntragstellerInnen sind die Genossinnen und Genossen der LAG Migration und Antirassismus

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Wiesbadener 10-Punkte-Erklärung

Der SprecherInnenrat der LAG Migration und Antirassismus Hessen sowie *Barbara Cárdenas*, Bildungs- und Migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, *Ali Al Dailami*, Mitglied des Parteivorstandes und Migrationspolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE, *Jochen Dohn*, Wahlkreismitarbeiter DIE LINKE Hanau, *Simin Falsafi*, Fraktionsreferentin DIE LINKE Wiesbaden, *Samina Khan*, Wahlkreismitarbeiterin DIE LINKE Offenbach und Sprecherin der LAG Migration und Antirassismus Hessen, *Jürgen Klute*, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE, *Maya Mosler*, DIE LINKE Kreisverband Frankfurt/Main, *Volkhard Mosler*, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Kreisverbandes DIE LINKE Frankfurt/Main, *Axel Selbert*, Rechtsanwalt Kassel, Sprecher der LAG Migration und Antirassismus Hessen, *Mehmet Senel*, Sprecher der LAG Migration und Antirassismus Hessen, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Hessen *Masud Ulfat*, Student in Marburg.

Unbeachtet der Tatsache, dass diese Erklärung sehr sensible, persönliche Empfindungen von Menschen allgemein und Linken im Besonderen völlig unreflektiert, so der Eindruck, anspricht, stellt er sich obendrein z.T. gegen die Beschlusslage der Partei und fällt hinter bereits Erreichtes zurück.

"Seit Anbeginn menschlicher Kultur" sei "Religiosität ein Versuch, die Beschaffenheit der Welt sowie die Herkunft, den Sinn und das Ziel der Existenz des Menschen zu erklären", formulieren die AutorInnen einleitend im 1. Absatz.

Man kann es auch anders formulieren:

"Religion ist eine Form des gesellschaftlichen Bewusstseins, die weltweit in einer verwirrenden Vielfalt in Erscheinung tritt. Einerseits suchen Milliarden Gläubige in dieser verkehrten kapitalistischen Welt in religiösen Vorstellungen geistige Orientierung und moralischen Rückhalt. Andererseits ist Religion nicht nur Verdrängungsmittel. Sie motiviert auch fortschrittliche politische Kämpfe. Dies haben in neuerer Zeit Christen beider Konfessionen im Widerstand gegen den Faschismus gezeigt. Auch die christliche Befreiungstheologie wird als emanzipatorische Bewegung gewürdigt. Eine vergleichbare Legitimität wird dem politischen Islam im Westen vielfach verweigert.

Klaus von Raussendorf Vorsitzender DFV Bonn/Rhein-Sieg und Referent des Verbandsvorstandes für Internationale Arbeit und Solidarität in der Eröffnung seines Aufsatzes, den er überschreibt: "Unsere Religionskritik ist Gesellschaftskritik.

Schon im 2. Absatz der Erklärung beginnt die Widersprüchlichkeit des Textes. Dort heisst es: "Seit

der Aufklärung hat sich die Überzeug durchgesetzt, dass ein aufgeklärter demokratischer Staat zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist. Wir treten deshalb für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ein."

Diese konsequente Haltung hindert die AutorInnen nicht daran, die Forderung zu formulieren, Religionen staatliche Ressourcen personeller (Lehrerinnen und Lehrer) wie struktureller (Schulen und Universitäten) Art zur Verfügung stellen zu wollen.

Sie sprechen hier von Gleichberechtigung.
Dazu später mehr.

Im 4. Absatz nun wird es sonderbar bis anmaßend:

"Religion ist Privatsache. Deshalb steht es jeder Genossin und jedem Genossen frei, sich einem religiösen Bekenntnis zuzuwenden. Andere verstehen sich als Agnostiker/Agnostikerin oder Atheist/Atheistin."

Eine absolute Selbstverständlichkeit unter Linken wird hier aufgebaut als sei es eine besondere Gnade. Ein im Grundgesetz der BRD verankertes Recht gilt selbstredend auch für die Demokratische Linke. Die Frage wie Religionen und Sozialismus miteinander harmonieren sei hier hintan gestellt.

Der 5. Absatz der Erklärung fällt klar hinter unsere Eckpunkte zurück:

"Nach unserer Sicht ist die Partei DIE LINKE weder anti- noch proreligiös. Sie setzt sich für Meinungsfreiheit und damit auch für Glaubensfreiheit ein. Solange in unserem Staat Weltanschauungen und Glaubensrichtungen besondere Rechte zugestanden werden, sind diese selbstverständlich gleichberechtigt zu behandeln."

In den Eckpunkten ist formuliert:

"Ausgehend von der Verpflichtung des Staates zur weltanschaulichen und religiösen Neutralität treten wir für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche/Religion ein. Wir bekennen uns zur verfassungsmäßig garantierten Religions-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit als Grundsäule der Demokratie und Aufklärung und lehnen gewaltsame Missionierung, staatlich verordnete Indoktrination und gesetzlich privilegierte Sonderstellungen von Kirchen und Religionsgemeinschaften ab. Das religiöse und weltanschauliche Bekenntnis ist ein Recht und die Freiheit des Individuums, Teil des intimen Privatbereiches jedes Menschen."

Unser derzeit in DER LINKEN diskutierte Programmentwurf formuliert es so:

"Kapitel IV. Linke Reformprojekte-
Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

Kirchen und Religionsgemeinschaften

DIE LINKE achtete die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Unabhängigkeit. In Verkündigung, Seelsorge und Diakonie sind sie eigenständig und keiner staatlichen Einflussnahme unterworfen. Staat und Kirche sind getrennt. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf freie Religionsausübung. Allerdings müssen die Grundrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben. Niemand, der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Wir wenden uns

gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion. An den Schulen sollen der Ethik- und Religionsunterricht der Wissensvermittlung über Religionen dienen und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern."

Absatz 6 stellt einen Affront gegenüber Gläubigen dar.:

"Wir sahen und sehen es als eine mögliche Funktion von Religion an, unterdrückte und ausgebeutete Menschen von einem Kampf für ein besseres Leben im „Diesseits“ abzuhalten. Diesem Verständnis und dieser Funktion von Religion stellen wir uns mit Aufklärung und Solidarität für eine bessere Welt im "Diesseits" entgegen. Dazu suchen wir das Bündnis mit allen religiösen Kräften, die sich in diesem Sinne verstehen."

Damit stellt die Erklärung den in 7. interreligiösen Dialog sehr in Frage. Erst erklärt man gläubige Menschen zu solchen, die nicht begreifen können, dann bietet man den Dialog an. Das mutet in der Methodik schon religiös an. Arme verirrte Schäfchen werden von DER LINKEN aufgeklärt und belehrt.

Der Absatz 8. nun beschreibt wie Gleichbehandlung auch falsch verstanden werden kann:

"In Ländern, in denen der konfessionsgebundene Religionsunterricht gesetzlich verankert ist, setzen wir uns für die Etablierung eines islamkundlichen Unterrichts oder eines islamischen Religionsunterrichts und damit für eine Gleichbehandlung des Islam ein. Das gilt auch für andere Religionen und Weltanschauungen."

Formuliert der Programmentwurf eine Nichtbevorzugung: "lehnen gewaltsame Missionierung, staatlich verordnete Indoktrination und gesetzlich privilegierte Sonderstellungen von Kirchen und Religionsgemeinschaften ab.", so versuchen die Erklärungen nun neben die Privilegierung der christlichen Konfessionen gleichermassen den Islam zu privilegieren und dies noch als Zwang.

In aller bornierten Großzügigkeit werden die anderen "Religionen und Weltanschauungen" wohlwollend zumindest erwähnt. Klar dürfte hier doch aber sein, dass die kleineren Religionen noch stärker benachteiligt würden als heute, weil es ja zwei Privilegierte gibt und die Nichtgläubigen sozialistisch und kommunistisch Denkenden erst recht. Wer ist so naiv zu glauben, dass konservative Regierungen, ob schwarz, rosa oder grün Gemeinschaften, anders als kapitalistisch Denkenden Bildungseinrichtung zur Verfügung stellen würden?

Wenn DIE LINKE wirkliche Gleichberechtigung will, so kann diese nur das Verlassen der Schule durch die christlichen Kirchen bedeuten.

So ist der Versuch in Absatz 9 " Islamkundlicher Unterricht oder islamischer Religionsunterricht soll von an deutschen Universitäten ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern in deutscher Sprache gegeben werden.", Kritik zu beschwichtigen eher hilflos.

Der Schlussabsatz beschreibt nun endlich, worum es Demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten gehen sollte:

"Schule hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche verschiedener Weltanschauungen und Religionszugehörigkeiten in einen Dialog zu bringen und allen Kindern und Jugendlichen notwendiges Wissen über Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln. Wir setzen uns daher auch in Hessen für einen gemeinsamen werte- und konfessionsübergreifenden Ethik- und

Religionskundeunterricht ein, der einer eigenen fachlich qualifizierten Ausbildung bedarf."

Trotz dieses versöhnlichen letzten Absatzes ist Antrag abzulehnen!
Letztendlich fällt die Wiesbadener 10-Punkte Erklärung hinter bereits Erreichtes zurück!

Prof. Dr. Erich Buchholz war erster Berliner Landesvorsitzender der Freidenker der DDR.
Er schreibt:

"Der praktizierte (christliche) Religionsunterricht wird ja nicht als Lehre über Religionen, ihre Entstehung und die religionsgeschichte durchgeführt, sondern als "Christenlehre", als Glaubenslehre, als Verbreitung eines Glaubens. Dergleichen "Lehre" kann niemals Gegenstand eines wissenschaftlich begründeten Unterrichts sein und hat daher an den Schulen nichts zu suchen. Wird er dort zugelassen, ist dies der Beweis, dass dieser Staat ein (christlicher) Religionsstaat ist."

Art 7 GG

- (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
- (2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, Über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
- (3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
- (4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefährdet wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
- (5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
- (6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Die 10-Punkte Erklärung befindet sich abgesehen vom Schlussabsatz im Widerspruch zu der Berliner Initiative Pro Ethik, der es im Frühjahr 2009 gelungen ist, eine Initiative Pro Reli, die es zum Ziel hatte den in Berlin eingeführten Ethikunterricht wieder aus Berliner Schulen zu verdrängen und einen konfessionellen Religionsunterricht einzuführen, zurück zu drängen

http://de.wikipedia.org/wiki/Pro_Rel_i#Abstimmungsergebnis

Pro Reli war ein Volksbegehren im Land Berlin, dessen Ziel es war, durch einen Volksentscheid das Schulgesetz Berlins zu ändern. Dieses sieht seit 2006 für die Klassenstufen 7 bis 10 das neu eingeführte Fach *Ethik* als ordentliches Lehrfach vor, während Religions- und Weltanschauungsunterricht – wie seit 1948 – in Berlin ab der ersten Klasse zusätzlich freiwillig besucht werden kann. Pro Reli wollte diese Regelung durch eine nach Konfessionen getrennte Wahlpflichtfachgruppe *Ethik/Religion* ab der ersten Klasse ersetzen. Pro Reli war das erste Volksbegehren, das nach der 2006 in der Verfassung von Berlin eingeführten Volksgesetzgebung ein Gesetz auf Berliner Landesebene ändern sollte. Beim Volksentscheid am 26. April 2009 wurde das

notwendige Zustimmungsquorum von 25 Prozent der Stimmberechtigten verfehlt und zudem der Gesetzentwurf von den Abstimmenden abgelehnt.

Neues Deutschland 05. 03.2009

In Berlin formierte sich gestern ein neues Bündnis Pro Ethik zum Volksentscheid am 26. April

Weder Kirchen- noch Kulturkampf

SPD, LINKE, Grüne, Gewerkschaften und viele andere wollen über Ethikunterricht aufklären

Von Martin Krüger

Am 26. April sind die Berliner dazu aufgerufen, in einem Volksentscheid über die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion an den Schulen abzustimmen. Initiiert wurde das Volksbegehren von der kirchlichen Initiative Pro Reli. Um deren Ansinnen zu verhindern, formierte sich gestern das Bündnis »Pro Ethik plus Religion«.

Die Zeit ist knapp. Lediglich sieben Wochen bleiben dem Bündnis Pro Ethik plus Religion noch, bis am 26. April die Berliner an die Wahlurnen strömen, um über die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion an den Berliner Schulen abzustimmen. Seit 1946 ist der Religionsunterricht in der Hauptstadt freiwilliges Zusatzfach. Im Gegensatz dazu gibt es seit drei Jahren einen verpflichtenden gemeinsamen Ethikunterricht in den Klassen 7 bis 10. Den wollen vor allem die großen christlichen Konfessionen, die sich in der Initiative Pro Reli zusammengeschlossen haben, zu Fall bringen.

»Wir lehnen den Wahlzwang der Initiative Pro Reli ab«, erklärte gestern Gerhard Weil, der Sprecher des neu aufgestellten Bündnisses Pro Ethik. Eine ähnliche Initiative gab es zwar bereits seit einem Jahr, doch ab sofort will man mit einer richtigen Kampagne in den Wahlkampf zum Volksentscheid einsteigen. Dazu hat sich der heterogene Zusammenschluss noch erweitert: Neben den Parteien SPD, LINKE, Grüne und der Lehrgewerkschaft GEW reicht das Wahlbündnis über humanistische Organisationen, den türkischen Elternverein, Aleviten, Buddhisten bis zum Lesben- und Schwulenverband. Hinzu kommen sogar einige Christen, denen der Kurs der großen Kirchen, einen getrennten Religionsunterricht einzufordern, nicht fortschrittlich scheint.

Gemeinsam ist jedoch allen Organisationen das Eintreten für den Erhalt des verpflichtenden Ethikunterrichts. »In den nächsten Wochen wollen wir deshalb über diesen Unterricht informieren und aufklären«, sagte Weil. Denn bei Pro Ethik vermutet man, dass viele der rund 260 000 Berliner, die das Volksbegehren Pro Reli unterschrieben haben, einer Irreführung der großen christlichen Konfessionen erlegen sind. »Wir glauben, dass viele Menschen, die Pro Reli unterschrieben haben, nicht wussten, wofür sie unterschrieben haben«, sagte die Vorsitzende der Lehrgewerkschaft, Rose Marie Seggelke.

Damit die angebliche Irreführung beim Volksentscheid nicht nochmal funktioniert, hat sich das Bündnis für seine Kampagne einiges ausgedacht: 20 000 Plakate sollen stadtweit angebracht werden, dazu kommen Flyer, eine eigene Internetpräsenz und Informationsveranstaltungen. Finanziert wird das Ganze in der Hauptsache von der SPD und der LINKEN, die jeweils 20 000 Euro bereitstellen.

»Der Ethikunterricht wurde 2006 eingeführt, um die Akzeptanz von Vielfalt in der Schule stärker zu machen«, sagte der Berliner SPD-Landesvize Mark Schulte. Dies sei aber weder Kirchen- noch Kulturkampf. Dass die Debatte über den Volksentscheid weniger aufgeregt, dafür sachlich geführt wird, wünschte sich die Grünen-Landesvorsitzende Irmgard Franke-Dressler. Man darf gespannt sein, ob dies nach dem harten Schlagabtausch zwischen den beiden Lagern, der in den vergangenen Wochen geführt wurde, auch wirklich gelingt.

www.gemeinsam-ist-besser.de

Es geht gegen den Wahlzwang

Steffen Zillich will endlich zur Sache sprechen

Der Regierende Bürgermeister hat sich damit durchgesetzt, dass über den Volksentscheid Pro Reli im April abgestimmt wird. Wie glücklich sind Sie mit diesem Termin?

Es gibt Gründe für den Termin 26. April. Es gibt aber auch Argumente, die für den gemeinsamen Abstimmungstermin mit der Europawahl sprechen. Wir sollten jetzt endlich über die Sache reden. Mich wundert es schon, dass die Vertreter von Pro Reli im Moment immer noch vor allem über den Termin sprechen.

Daneben brüsten sie sich aber auch mit dem Erfolg, über 260 000 Stimmen zusammenbekommen zu haben. Das ist nicht gerade wenig.

Das ist ein beachtlicher Erfolg. Man muss allerdings auch sagen, dass sie das unter deutlich einfacheren Sammelbedingungen gemacht haben als beispielsweise noch bei dem Schließungsentscheid zu Tempelhof. Es ist allerdings auch so, dass wir mehr und mehr darauf kommen, dass Menschen dort etwas unterschrieben haben, von dem sie im Nachhinein bemerkt haben, dass sie das vielleicht falsch verstanden haben.

260 000 Missverständnisse?

Nehmen wir die Irreführung mit dem Slogan der Wahlfreiheit von Pro Reli. Der war geschickt. Doch aus unserer Sicht geht es nicht um Wahlfreiheit, sondern um den Zwang, zwischen Ethik und Religion zu wählen“ und damit den gemeinsamen Ethikunterricht abzuschaffen.

Wie will die LINKE, die sich ja dem Bündnis Pro Ethik angeschlossen hat, dies den Menschen plausibel machen?

Es gibt zwei zentrale Punkte. Der erste ist, dass wir in der Kampagne deutlich machen wollen, welchen Wert der gemeinsame Ethikunterricht hat. Ich glaube auch, darüber besteht Aufklärungsbedarf. Uns geht es im Ethikunterricht nämlich genau darum, einen Ort in der Schule zu schaffen, in dem Kinder etwas über die Hintergründe des jeweils anderen Bekenntnisses erfahren. Dies ist doch eminent wichtig angesichts der Vielfalt in Berlin und der unterschiedlichen religiösen sowie kulturellen Hintergründe. Doch nur so kann ein Miteinander eingeübt werden, wie das Zusammenleben in Respekt und Toleranz funktioniert. Und das geht nur gemeinsam.

Und der zweite Punkt?

Als zweites wollen wir klar machen, dass wir uns mit unserer Initiative nicht generell gegen einen Religionsunterricht wenden, sondern dass wir den Status des freiwilligen Religionsunterrichts in Berlin nicht geändert haben und das auch nicht vorhaben.

Wie will denn die LINKE ihre eigene Klientel für den Volksentscheid mobilisieren?“ deren Stimmen dürften doch entscheidend sein, um das Begehren der Religionsbefürworter abzuwehren.

Auch da geht es einerseits um Aufklärung. Andererseits müssen wir deutlich machen, dass wir eine Berliner Errungenschaft, die Tradition des Berliner Religionsunterrichts, zu verteidigen haben. Zudem geht es um die Einführung des gemeinsamen Ethikunterrichts unter Rot-Rot als Errungenschaft. Ich glaube, da sind viele Menschen an unserer Seite.

Sind das die Akzente der LINKEN im Bündnis?

Nicht nur. Außerdem planen wir eine eigene Kampagne und Plakate, die wir am 16. März vorstellen wollen. *Fragen: Martin KrÄ¶ger*

Chronik zur Einführung des Ethikunterrichts in Berlin

September 2004: SPD- und PDS-Fraktion greifen erneut die Frage nach einem Wertefach auf. Die SPD macht den Vorschlag, an den Berliner Schulen bis 2006 ein staatliches Pflichtfach zur Wertevermittlung für alle einzurichten.

November 2004: Gesetzentwurf für einen Ethikunterricht

Februar 2005: Drei türkische Schüler der Thomas-Morus-Hauptschule in Berlin-Neukölln heißen

den »Ehrenmord« an der 23-jährigen Hatun Sürücü gut. Die Debatte um einen Werteunterricht wird dadurch verstärkt.

31. Januar 2006: Der Berliner Senat beschließt die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts an den öffentlichen Oberschulen.

21. August 2006: Mit Beginn des Schuljahres 2006/07 wird an rund 330 öffentlichen Schulen Berlins von 480 ausgebildeten Lehrkräften in den 7. Klassen das neue Fach »Ethik« unterrichtet.
Quelle: Humanistische Union

8. April 2009 Jürgen Klute

Für eine durch Weltoffenheit und Toleranz bestimmte Religionspolitik

Nach dem Willen von "Pro Reli" sollen die Schülerinnen und Schüler zukünftig zwischen einem bekenntnisgebundenen Religionsunterricht und dem Ethik-Unterricht wählen müssen. Dazu erklärt der Europakandidat der LINKEN Jürgen Klute, Sozialpfarrer und Mitglied im Parteivorstand:

Eine demokratische und zukunftsfähige Schule muss vor einer solchen Rück-Entwicklung geschützt werden. Nicht konfessionelle bzw. religiöse Abgrenzung ist gefragt, sondern eine Schule, in der sich Schülerinnen und Schüler in ihrer kulturellen Unterschiedlichkeit gegenseitig kennen, respektieren und schätzen lernen. Deshalb ist zu hoffen, dass sich die Berliner Bürgerinnen und Bürger mit einer deutlichen Mehrheit für eine Beibehaltung des gemeinsamen Ethik-Unterrichts aussprechen.

Aus integrationspolitischer Sicht kann das Ansinnen von "Pro Reli" darüber hinaus als historisch überlebt und integrationsfeindlich eingestuft werden.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik steht vor der Herausforderung, Regeln zu finden, nach denen Menschen aus sehr unterschiedlichen kulturellen Traditionen mit einander zusammenleben können. Das setzt ein gegenseitiges Kennenlernen der unterschiedlichen kulturellen und auch unterschiedlichen religiösen Traditionen voraus. Der für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtende und gemeinsam durchgeführte Ethik-Unterricht ist ein Weg, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Schülerinnen und Schüler können gemeinsam ihre unterschiedlichen ethischen und kulturellen Werte kennen und respektieren lernen und sich zugleich darüber verständigen, wie sie gemeinsam in der hiesigen Gesellschaft zusammen leben wollen.

Quelle:

<http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklaerungen/detail/artikel/fuer-eine-durch-weltoffenheit-und-toleranz-bestimmte-religionspolitik/>

Informationsdienst der Partei DIE LINKE - Registrierung/Abonnement

<http://www.die-linke.de/service/>